



Nr. 110.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

94. Jahrgang.

Veröffentlichungsweg: 6 mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die kleinste Spalte 20 Hg.,
Mittwoch, den 14. Mai 1919.

Mittwoch, den 14. Mai 1919.

Bezugspreis: In der Stadt mit Zügelohn M. 2.85 vierteljährlich, außerhalb
in Ort- u. Nachbortorbezirk M. 2.25, im Fernverkehr M. 2.85, Bestellgeld 30 Pfg.

Die Gewaltforderungen unserer Feinde.

Die Gebietsverluste in Ost und West, die uns der Gewaltfrieden zumutet, betragen im Osten 58 000 Quadratkilometer mit 5,6 Millionen Einwohnern, in Schleswig-Holstein ein Gebiet von 450 000 und 1 874 000 Einwohnern, wovon 87,2 Prozent die deutsche Muttersprache haben, im Saargebiet rund 700 000 Einwohner. Zählt man Malmedy und Eupen dazu, so beträgt der Gesamtverlust an Einwohnern im Westen Schätzungsweise über 2 1/2 Millionen Einwohner.

Die „Frankfurter Zig.“ bringt von ihrem Sonderberichterstatter in Versailles eine Uebersicht über die tatsächlichen und finanziellen Gewaltforderungen, die uns in dem Frieden von Versailles abgepreßt werden sollen. Wir entnehmen dieser Zusammenstellung folgendes:

Mit Vordringen verkettern wir den weitaus größten Teil der Eisenerze; Oberschlesien lieferte uns, von Zinn und anderem zu schweigen, im Frieden ein Viertel, Oberschlesien und das Saarbrücken zusammen ein Drittel unserer Kohlenenerzeugung. Der ganze deutsche Osten einschließlich der Großindustrie Berlins ist auf die ober-schlesische Kohle absolut angewiesen, größere Teile Deutschlands ähnlich auf die Kohlenförderung der Saar. Damit nicht genug, soll Deutschland, dessen Ausfuhrüberschuß an Kohle einschließl. Saar und Oberschlesien im Frieden etwa 20 Millionen Tonnen betrug, mit um ein Drittel der verminderten Produktionsstätten zwangsweise jährlich zu vom Gegner einseitig festzusetzenden Preisen an Kohle liefern: An Frankreich während zehn Jahren je 7 Millionen Tonnen und außerdem, so daß also der Schaden dreimal ersetzt wäre, ein Ausgleich für die Minderlieferung noch französischer Gruben bis zu je 20 Millionen Tonnen für die ersten fünf und je acht Millionen Tonnen für die folgenden fünf Jahre, ferner an Belgien je 8 Millionen Tonnen für 10 Jahre, an Italien ansteigend jährlich 4 1/2 bis 8 1/2 Millionen Tonnen (vielleicht für den Eigenbedarf des Landes, das damit offenbar die Möglichkeit der Wiederausfuhr zur Begleichung seiner Schulden an Amerika erhalten soll), endlich an Luxemburg das, was dieses vor dem Krieg an deutschen Kohlen bezogen hat. Zu dieser fürchterlichen Schwächung der industriellen Rohstoffgrundlagen soll der Verlust riesiger zukunftsreicher landwirtschaftlicher Gebiete treten. Im Osten, wo die Innenkolonisation jetzt endlich durch kraftvolle Bauernsiedlung beginnen sollte, will man den Polen in absolutem Widerspruch zum Wilsonschen Programm nicht nur die ganze Provinz Posen, sondern auch nördliche Distrikte von Schlesien, vor allem den Hauptteil von Westpreußen und womöglich sogar auch ein großes Stück von Ostpreußen, das fünfzig Jahren territorialen Zusammenhangs mit dem übrigen Deutschland beraubt wäre, geben; im Nord den größten Teil Schlesiens an Dänemark; im Westen Elsaß an Frankreich. Endlich aber soll mit grausamer Systematik Deutschland aller Stützpunkte seines auswärtigen Handels beraubt werden. Die Handelsflotte ist definitiv auszuliefern (nach dem Grundsatz Tonne für Tonne), namentlich alle Schiffe über 1600 Tonnen und die Hälfte aller Schiffe von 1600 bis 1000 Tonnen usw., wobei wir noch die Verpflichtung zu übernehmen haben, fünf Jahre lang jährlich bis 200 000 Tonnen Schiffsraum für die Entente auf deutschen Werften zu bauen. Die Beschlagnahme und Liquidation deutscher Unternehmungen im Ausland bleibt in Kraft. Der Erlös verfällt auf Rechnung der Entschädigung der Entente, wogegen wir für Liquidation fremder Firmen in Deutschland Ersatz, womöglich in Natur liefern sollen. Deutschland verliert alle Kolonien und die Entente behält sich vor, die deutschen Unternehmungen dort zu liquidieren und alle Deutschen zu vertreiben. Die deutsche Regierung wird ferner verpflichtet, auf Verlangen alle deutschen Interessen und Unternehmungen in Rußland, China, Oesterreich-Ungarn, Türkei, Bulgarien und ihre ehemals zu diesen Ländern gehörenden Gebieten zwangsweise zu enteignen und a conto der Entschädigungszahlung auszuliefern. Wir übergeben auch alle unsere Forderungen an unsere ehemaligen Bundesgenossen der Entente. Wir verzichten auf Niederlassungsrechte in China und auf alle wirtschaftlichen Berechtigungen in Kleinasien, Marokko usw., scheiden aus allen internationalen Staatsbanken aus und verlieren ohne Anrechnung alle Ueberseesparen, und mit alledem ist die Liste wahrscheinlich noch nicht vollständig. Kommt hinzu, daß wir Luxemburgs Auscheiden aus dem deutschen Zollverband mit Anfang 1919 anerkennen, daß im linken Rheingebiet während einer 15jährigen Okkupation die wirtschaftliche Verwaltung mehr oder minder unabhängig

vom Mutterland gehalten werden soll — was bleibt dann von Deutschland?

Es ist sehr wahrscheinlich, daß ein derart zugerechtes Deutschland von vornherein keine wirtschaftliche Existenzmöglichkeit hätte — die Entente aber denkt da noch Summen herauszupressen, deren Höhe offenbar nicht durch vernünftige Abschätzung unseres Könnens, sondern durch die eigenen schweren Finanzsorgen unserer Gegner bestimmt worden ist. Dabei fehlt einseitigen sogar jede zahlenmäßige Begrenzung. Uns wird die Anerkennung auferlegt, daß wir für alle Schäden und Verluste verantwortlich seien, den den alliierten und assoziierten Staaten und ihren Angehörigen durch den Krieg entstanden sind. Da jedoch Deutschlands Hilfsquellen „angesichts ihrer dauernden Verminderung durch die anderen Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrags“ für den Ersatz des ganzen Schadens nicht ausreichen, so können wir jedenfalls den gesamten der Zivilbevölkerung entstandenen Schaden tragen. Ein Anhang erläutert diesen Begriff in egyptischer Weise: Alle Pensionen für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebenen fallen darunter, die kapitalisiert und zur Last geschrieben werden sollen, außerdem sorgsamst ausgefüllte Vergütungen mannigfacher Art. Zudem hat Belgien noch in letzter Stunde durchgesetzt, daß wir seine gesamten bei der Entente aufgenommenen Kriegsschulden von 5 bis 6 Milliarden an seiner Stelle bis 1926 zurückzahlen. Der Gesamtbetrag unserer Verpflichtungen soll erst in zwei Jahren durch eine „Kommission des Reparations“ festgesetzt werden, in die Amerika, Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan, Belgien und Serbien je 1 Vertreter (doch mit minderen Kompetenzen für die Kleinen) entsenden. Diese Kommission würde die eigentliche oberste Behörde Deutschlands werden, die unter Anhörung, aber ohne Mitbestimmungsrecht der deutschen Regierung auf Grund genauester Einsichtnahme in alle deutschen wirtschaftlichen Verhältnisse ihre Entscheidungen fällen würde. Ihre Richtschnur soll sein, daß

1. alle Staatseinnahmen Deutschlands einschließlich der für den Dienst der inneren Anleihen bestimmten mit einer ersten Hypothek zugunsten der Entschädigungszahlung belastet sein und
2. daß das Steuersystem in Deutschland genau ebenso schwer sein muß, wie dasjenige irgend eines der in der Kommission vertretenen Staaten.

Bis zum 1. Mai 1921 soll Deutschland 20 Milliarden Goldmark zahlen, wofür es jetzt unverzinsliche Schatzscheine hergeben soll, die binnen zwei Jahren in Gold, Waren, Schiffen, Kohlen und anderen Werten einzulösen sind. In Betracht kommen dafür die oben erwähnten Lieferungen von Schiffen, Kohlen, auch von Chemikalien usw., die gleichfalls erwähnten alten und neuen Liquidationen, ferner Staatseigentum in abzutretenden Gebieten u. a. Die 20 Milliarden dienen zur Deckung der Kosten der Okkupation. Ein von der genannten Kommission festzusetzender Betrag wird uns über den Kauf von Lebensmitteln und Rohstoffen freigegeben. Der Rest wird auf die Entschädigung angerechnet. Für diese sollen wir eine zweite Serie von 40 Milliarden Goldmark-Anleihe hingeben, die von 1921 bis 1926 mit 2 1/2 Zinsen und 1 Prozent Amortisation auszustatten wäre, und später noch eine dritte 5-prozentige Anleihe von 40 Milliarden Goldmark. Letztere jedoch nur, wenn die Kommission überzeugt ist, daß Deutschland imstande ist, den Dienst dieser Anleihe zu übernehmen. Neue Emissionen sollen später von der Kommission gefordert werden. Interessant ist, daß der Schadenersatz von uns in Pfund Sterling, Dollar, Franken und Lire nach Belieben des Empfängers soll verlangt werden können, was eine Mehrbelastung für uns und eine Währungsicherung für die anderen bedeutet. An den bisherigen Schulden sollen die abgetrennten Gebiete nach Maßgabe ihrer bisherigen Einkommensteuerstärke teilnehmen, außer Elsaß-Lothringen, dessen ganze Steuerkraft Frankreich sich vorbehalten will, und Polen, insoweit die Kommission feststellt, daß die betreffenden Schulden durch die Desorganisationspolitik entstanden sind!

Die Verschleppungsbedingungen.

Je mehr man sich in die Einzelheiten des „Friedensvorschlages“ vertieft, desto stärker wird der Abscheu vor der Brutalität der Forderungen. Der „Merkur“ führt noch zwei typische Beispiele an.

Am 8. Abschnitt, in dem von der „Wiedergutmachung“ die Rede ist, wird u. a. auch verlangt, daß Deutschland die Stücke des bekannten Genter Altars (9 Flügel), die in Berlin sich befinden, an Belgien ausliefert. Das ist ein unerhörtes Verlangen. Es handelt

sich bei diesem Kunstwerk gar nicht um eine Wiedergutmachung. Diese 9 Flügel des Genter Altars sind in den 50 er Jahren des vorigen Jahrhunderts auf ganz rechtmäßige Weise um eine hohe Summe vom preuß. Staat erworben worden, nachdem sie zunächst von einem belgischen Händler aufgekauft und dann in englischen Besitz verkauft worden waren, von dem sie Preußen erworben hat. Diese Forderung der „Wiedergutmachung“ ist nichts anderes, als ein brutaler Kunstraub.

Zum wirtschaftlichen Kapitel gehört sodann die Forderung, daß Deutschland sich verpflichten muß, alle gegenseitigen Maßnahmen gegen alkoholische Getränke, die in irgend einem der Ententeländer getroffen werden, unverzüglich auch bei sich durchzuführen. Dieser Zwang zur Totalabstinenz, der zweifellos auf amerikanischen Einfluß zurückzuführen ist, wäre natürlich der Todesstoß für unseren einheimischen Weinbau, ganz abgesehen davon, daß ein derartiges Hineinregieren in die innere Gesetzgebung und in die Lebensgewohnheiten ein ganz unerträgliches Zustand ist, den sich kein Volk gefallen lassen kann.

Ueber allen den Ungeheuerlichkeiten der Forderungen vergißt man in Deutschland häufig, daß schon die Waffenstillstandsbedingungen, die uns auferlegt wurden, kaum zu tragen waren. Man denke — von der militärischen Wehrlosigkeit ganz abgesehen — nur an die Ablieferung der Tausende von Lokomotiven, Eisenbahnwagen und Kraftwagen!

Derzbung über die Wirkung der wirtschaftlichen Friedensbedingungen.

(W.B.) Berlin, 12. Mai. In seinem Referat über den Friedensentwurf der Alliierten im Staatenaußschuß betonte Reichsminister Derzbung, daß der Vertrag neben den bekannten Abtretungen die Kontrolle über den ganzen Rhein, die Mosel, die Elbe, die Weichsel, die Oder, den Dnjemen und die Donau auch innerhalb des rein deutschen Gebietes verlangt, wobei das linke Rheinufer dauernd französischem, das rechte Weichselufer dauernd polnischem Einfluß unterstellt wird. Ferner sind Tarif und Betrieb der Eisenbahnen dauernd zugunsten der Gegner gebunden. Alles deutsche Eigentum, öffentliches wie privates, im Auslande wird konfisziert und die Konzessionen müssen der Entente überliefert werden. Juristische Ansprüche werden zum Zwecke der Handelsespionage unter alliierte Kontrolle gebracht. Die Kriegsmahnahmen hinsichtlich der deutschen Rohstoffversorgung bleiben in Kraft. Jede Betätigungsmöglichkeit im Auslande verschwindet. Dagegen gewinnen unsere Feinde in Deutschland volle Meistbegünstigung, auch in Punkten der Niederlassung. Da Deutschland für seine Ernährung, zur Beschäftigung und für seine Zahlungen auf dem Außenhandel angewiesen ist, gehen diese Bestimmungen auf eine vollkommene Erdrosselung und Hinfichtung unseres Volkes, eine flagranter Verletzung von Nr. 3 der Wilsonschen Punkte und eine Verneinung seines Versprechens, daß es nicht gegen das deutsche Volk den Krieg führe. Die Grundforderung, die gestellt werden muß, ist die einer alsbaldigen Aufnahme Deutschlands in den Völkerverbund, der die Gleichberechtigung wirtschaftlich und politisch gewährleistet. Entgegen der Lanfingnote vom 15. November 1918, wonach wir aufzukommen haben für die Wiederherstellung der besetzten Gebiete in Frankreich und Belgien, einschließlich aller Schäden der Zivilbevölkerung, zu Lande, zu Wasser und in der Luft, werden wir für alle durch den Krieg entstandenen Schäden haftbar gemacht, die eine unermeßliche und überhaupt nicht übersehbare Höhe erreichen. Unseren Kriegsbeschädigten dürfen wir nichts zukommen lassen, noch nicht einmal eine Armenunterstützung bezahlen. Bezahlt werden diese Schäden durch Aufrechterhaltung unserer Auslandsforderungen, durch unbesoldete Gold- und durch Naturalleistungen in unerhörtem Umfang — soll doch die Entente das Recht haben auf Auslieferung bis zu 30 Prozent unserer Arbeitsmaschinen aus unseren Betrieben, auf Kohlenlieferungen bis zu 35 Millionen Tonnen im Jahr, auf die Ablieferung von Milch- und Zuchtvieh, von Kohlenderivaten, Farbstoffen, Schiffen und Kabeln, ferner auf eine erste Hypothek auf alle Einnahmen des Reichs und der Bundesstaaten und auf deren natürliche Hilfsquellen. Die deutsche Finanzgebarung, die Steuerpolitik wird der Kontrolle der Alliierten unterstellt. Unsere Zölle sind zu ihren Gunsten zeitweise gebunden und jede gesunde Finanzreform ist also unmöglich gemacht, wie die Zahlung der Zinsen auf unsere Kriegsanleihen. Ebenso unerhört sind die Einschränkungen im bezug auf Meer, Marine und Luftschiff. Das ganze Elabors trägt den Stempel des Hasses, der Brutalität und der Vernichtung an der Stirn und ist in keinem Punkte durchführbar.

Knecht
model
Nagold

ige.
nde und
17. Mai

amen=
ter,
in Calw,
ifters

sänger
Haas
alw einmal
ntlich
ang-
richt.

ldungen nach
annesstr. 10.

Miert,
fen,
erde

affe 119.

m Calw.
ainit
ie
init
werden.

nd Wohnung
ter F. B. 100

igmehl
t werden bei
reichenbach.

Nach diesem Referat teilte der preussische Ministerpräsident Hirsch mit, daß die Vertreter der deutschen Gliedstaaten in einer vorausgegangenen Sitzung einmütig zu der Ueberzeugung gelangt seien, daß der Friedensvorschlag in der vorliegenden Form unannehmbar sei.

Zwei deutsche Noten an die Entente.

Wie die Annahme der Friedensbedingungen auf das deutsche Volk wirken würde. - Gegen die Abwälzung der Schuld am Kriege auf Deutschland.

* Wir erhalten soeben telefonische Mitteilung darüber, daß Graf Brockdorff-Rantzau als Vorsitzender der deutschen Friedensabordnung an den Vorsitzenden der Alliiertenkommission 3 Noten gerichtet hat. In der ersten wurde die Wirkung angegeben, die eintreten müßte, wenn wir alle wirtschaftlichen und Gebietsforderungen der Entente anzunehmen gezwungen wären. Die der deutschen Friedensabordnung beigegebene wirtschaftliche Kommission stellt fest, daß im Laufe der beiden letzten Generationen Deutschland vom Agrar- zum Industriestaat sich entwickelt hat. Als Agrarstaat habe Deutschland 40 Millionen Menschen ernähren können, als Industriestaat sei es in der Lage gewesen, die Ernährung einer Bevölkerung von 67 Millionen Menschen sicher zu stellen. Die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte habe im Jahre 1913 12 Millionen Tonnen betragen. Vor dem Kriege hätten in Deutschland vom Auslandshandel und der Schifffahrt entweder direkt oder indirekt durch Bearbeitung von Rohstoffen rund 15 Millionen Menschen gelebt.

Nach den Bestimmungen des Friedensvertrags solle Deutschland nun seine für den Ueberseehandel taugliche Handelstonnage ausliefern. Auch sollen die Werften in die nächsten 5 Jahren in erster Linie für die Entente Schiffe bauen. Deutschland solle ferner seine Kolonien einbüßen, weiter die Gesamtheit seines Besitztums, seiner Interessen und Ansprüche in den Ententeländern und denjenigen ihrer Anhänger, in ihren Kolonien und Protektoraten (d. h. unterworfenen Ländern).

Bei Ausführung der territorialen Bestimmungen des Friedensvertrags würden uns im Osten die wichtigsten Produktionsgebiete für Getreide und Kartoffeln verloren gehen. Das wäre gleichbedeutend mit einem Ausfall von 21 Prozent der Gesamternte in diesen Lebensmitteln. Ueberdies würde unsere landwirtschaftliche Produktion in ihrer Intensität stark zurückgehen, denn es wäre auch die Einfuhr von bestimmten Rohstoffen für die deutsche Düngemittel-Industrie erschwert. Schwer würde jede andere Industrie unter dem Kohlenmangel leiden, denn der Friedensvertrag sehe vor, daß wir fast ein Drittel unserer Kohlen-Produktion verlieren. Außerdem würden dem deutschen Volke für die ersten zehn Jahre ungeheure Lieferungen an Kohlen an bestimmte alliierte Länder auferlegt. Weiter solle Deutschland nach dem Vertrag fast 3 Viertel seiner Eisenerzproduktion und mehr als 3 Fünftel seiner Produktion an Zink zugunsten seiner Gegner abtreten. Nach dieser Einbuße eigener Produktion, nach der wirtschaftlichen Lahmlegung durch den Verlust der Kolonien, der Handelsflotte und der auswärtigen Besitztümer sei Deutschland nicht mehr in der Lage, genügend Rohstoffe aus dem Ausland zu beziehen. Die deutsche Industrie müßte daher in gewaltigem Umfang erschöpfen. Gleichzeitig würde der Bedarf an Lebensmitteln die Einfuhr erheblich steigern, während die Möglichkeit, diese zu bezahlen, außerordentlich sinken müßte. Deutschland wäre daher in kurzer Zeit außerstande, den vielen Millionen, auf Schifffahrt und Handel angewiesenen Menschen Arbeit und Brot zu gewähren. Diese Menschen müßten aus Deutschland auswandern. Das sei aber technisch unmöglich, zumal viele der in Betracht kommenden Länder sich gegen die deutsche Einwanderung sperren würden. Außerdem würden Hunderttausende ausgewiesene Deutsche und solche aus den abzutretenden Gebieten und Kolonien nach dem verkleinerten Deutschland zurückkehren. Wenn also die Friedensbedingungen durchgeführt werden so bedeute das einfach, daß viele Millionen Menschen in Deutschland zugrundegehen müssen. Dieser Prozeß würde sich rasch entwickeln, da durch die Blockade während des Krieges und deren Verschärfung während des Waffenstillstandes die Volksgesundheit gebrochen sei.

Rein Hilfswerk, keine noch so große und langfristige Stundung unserer Schulden könnte diesem Massensterben Einhalt tun. Der Frieden würde von Deutschland ein Mehrfaches der Menschenopfer fordern, die die 4 1/2 Jahre Krieg verschlungen haben. (1 1/2 Millionen Gefallene und 1 Million Opfer der Blockade).

Die Note bemerkt, sie möchte es bezweifeln, ob die Entente begreifen würde über die Folgen im Klaren seien, die unvermeidlich eintreten müßten, wenn Deutschland, soeben noch ein dichtbevölkerter Staat, mit der ganzen Weltwirtschaft verknüpft, und mit einem gewaltigen Bedarf an Rohstoffen und Lebensmitteln, plötzlich aus seiner Entwicklungstufe zurückgestoßen werde, die seiner ökonomischen Konstruktion und seiner Bevölkerungsziffer von vor einem halben Jahrhundert entspreche würde. Wer diesen Friedensvertrag unterzeichne, spreche damit das Todesurteil über Millionen deutscher Männer, Frauen und Kinder aus.

In der zweiten Note nimmt die deutsche Friedensabordnung Stellung zu der Schuld- und Verantwortlichkeitsfrage. Sie wendet sich gegen die Auffassung der Entente, daß das deutsche Volk für die Handlungen seiner ehemaligen Regierung verantwortlich gemacht werden solle. Im Bewußtsein des deutschen Volkes sei dieser Krieg kein einseitiger Kriege gewesen. Auch dagegen wird Protest erhoben, daß Deutschland als Urheber des Krieges anzusehen sei. Es würden Beweise erbracht werden, daß Deutschland nicht die alleinige und keineswegs die hauptsächlichste Schuld am Ausbruch des Krieges trage.

Es ist erfreulich, daß in Erkenntnis der Wichtigkeit dieser Frage die deutsche Friedenskommission hier energisch für Deutschlands Ansichten eintritt, denn wenn man uns die Schuld am Kriege zuschieben kann, dann können die Alliierten auch ihren Vernichtungsfrieden mit einem Schein von Berechtigung umgeben.

Zur Friedensfrage.

Eine leere Drohung.

London, 13. Mai. Das Reutersche Büro erzählt: Falls Deutschland die Friedensbedingungen nicht annehmen sollte, was für unwahr-

scheinlich gehalten wird, so sind militärische Vorbereitungen dafür getroffen, daß die alliierten Armeen genau so vorrücken, wie sie es getan haben würden, wenn Deutschland die Waffenstillstandsbedingungen nicht angenommen hätte. — Das würde uns weniger Kummer machen als den Alliierten selbst.

Das Schicksal der deutschen Schiffe.

London, 12. Mai. Reuters. Unterhaus. Leslie Wilson erklärte im Namen des Schiffsverkehrskontrollors, daß bis zum 9. Mai an Großbritannien 22 Passagierdampfer mit zusammen ungefähr 168 800 Brit.-Registertonnen und 89 Frachtdampfer mit zusammen ungefähr 663210 Tonnen ausgeliefert worden seien.

Hamburg, 12. Mai. Die Mannschaften des Dampfers „Imperator“, des größten und schönsten Passagierdampfers der Welt, hat diesen am 5. Mai in Brest an die Franzosen abgeliefert und ist am Montag mit der „Rubia“ der Hamburg-Amerika-Linie nach Hamburg zurückgekehrt. Von Brest werden an jedem Tage 10 000 amerikanische Soldaten mit erstklassigen deutschen Dampfern in die Heimat zurückbefördert.

Die Stimmung in den gefährdeten deutschen Provinzen.

München, 13. Mai. Die Stimmung in der Rheinpfalz nach der Veröffentlichung des Friedensvertrags ist äußerst gedrückt. Die Bevölkerung befindet sich darüber klar, daß dieser Friede auch für die Pfalz das Todesurteil bedeutet. Die Zeitungen halten aus nahegelegenen Gerüchten der Zensur mit ihren Äußerungen sehr zurück. Das führende Organ der Mehrheitssozialisten, die „Pfälzer Post“, schreibt in einem Leitartikel: Für immer soll es vorbei sein mit dem freien deutschen Rhein. Auf den nunmehr internationalisierten Wasserstraßen kann jede Nacht ihre Flagge entfalten.

Rönigsberg, 13. Mai. Einmütige flammende Entrüstung, lieber sterben als Sklave werden, aus eigener Entschlossenheit mit der Waffe in der Hand jedem Eindringling entgegenzutreten, das ist der Grundzug der Flut von Telegrammen und schriftlichen Protesten, die dem ostpreussischen Heimatdienst aus allen Teilen der Provinz, besonders aus dem Grenzgebiete zugehen. Restlose Geschlossenheit aller ohne Unterschied des Glaubens, der Partei und des Staates tritt besonders in Erscheinung.

Suhltau, 13. Mai. In der Stadt Suhrau, sowie in allen Orten des Kreises fanden gewaltige Kundgebungen gegen eine gewaltsame Angliederung an Polen statt. Der rein deutsche Kreis Suhrau mit seinen 22 Quadratmeilen durchweg fruchtbaren Bodens ist die Kornkammer Schlesiens. Nach den Friedensbedingungen sollen davon nur 1 1/4 Quadratmeilen bei Deutschland verbleiben. Der Wert der Produkte des Kreises Suhrau beträgt jährlich über 40 Millionen M. Kampf des Elsas um die Volksabstimmung.

Wie wir zuverlässig vernehmen, wurden am Donnerstag und Freitag in Straßburg und Colmar zahlreiche Verhaftungen vorgenommen wegen der zunehmenden Propaganda für eine Volksabstimmung in Elsas-Lothringen. Die Straßburger Arbeiterpartei hat zu Kundgebungen für eine solche Abstimmung aufgefordert. Die Druckanschläge wurden durch die französischen Militärposten gewaltsam entfernt und die für die Versammlungen bestimmten Säle für militärische Zwecke angefordert.

Ein neuer Gesteckhut.

Die deutsche Kommission in Spa hat vor kurzem dagegen protestiert, daß deutsche Bürger im besetzten linksrheinischen Gebiet gezwungen werden, die französische Fahne zu grüßen. Im Anschluß hieran dürfte folgender Vorfall, der sich vor nicht allzu langer Zeit in Straßburg abgespielt hat, von Interesse sein. Ein älterer Straßburger Bürger, der gerade des Weges kam, sah dem Vorbemarsch eines Kolonialregiments in Begleitung der Fahne zu. Plötzlich trat ein französischer Offizier aus der Reihe und schlug dem ahnungslosen Manne den Hut detart vom Kopfe, daß er in weitem Bogen in die Reihen der vorüberziehenden Truppen flog. Totenblau nahm der also Gemahregeste seinen Hut wieder auf und wurde erst von der angeammelten Menge, die begreiflicherweise über den Vorfall sehr erregt war, aufgeklärt, welches „Verbrechen“ er begangen hatte, dadurch, daß er die französische Fahne nicht ehrte. Eine Straßburger Zeitung, welche den Vorfall wiedergab, bemerkte dazu: Wir enthalten uns jeden weiteren Kommentars, müssen aber doch zu unserem lebhaften Bedauern bemerken, daß solche Vorkommnisse nicht dazu beitragen, die Wogen der sojowje herrschenden Erregung zu glätten. Die deutsche Kommission in Spa hat den Vorfall zum Anlaß neuer Vorstellungen genommen. Sie hat General Nudant eine Nummer des Straßburger Blattes übermittelt, in dem das Vorkommnis eingehend geschildert wird, und dazu erklärt, sie stimme dem Inhalt des unter der französischen Zensur veröffentlichten Kommentars des Blattes durchaus bei.

Ein beachtenswerter sozialistischer Stimme.

(WB.) Berlin, 10. Mai. Unter der Ueberschrift „Die Stunde ist gekommen!“ schreibt Chefredakteur Stampfer im „Vorwärts“, nachdem er soeben aus Versailles zurückgekehrt ist, u. a.: Unterzeichnen wir, so stehen wir vor einem kürzeren Kampfe, der uns Untergang oder Rettung bringen muß. Die Gegner werden versuchen, einzelne Teile Deutschlands zu besetzen und den Rest durch Hunger zur Uebergabe zu nötigen. Wir müssen ihn zwingen, ganze Arbeit zu tun. Er soll sich genötigt sehen, ganz Deutschland zu besetzen und es zur Kolonie seines sogenannten Völkerbundes zu machen. Er wird alsdann zusehen, wie lange seine äußere und innere Geschlossenheit vorhält. Und wenn es Jahre dauert: wir dürfen nicht weich werden. Wir haben bis zum 21. Mai Zeit, unsere schriftlichen Einwendungen vorzubringen. Wir werden nach Ablauf dieser Frist als Volk durch unsere Delegation und unsere Regierung sagen, was wir zu tun gedenken. Zuvor aber soll keine Macht d'er Welt unsere Lippen öffnen. Das gilt für uns als Ganzes. Aber dem einzelnen ist erlaubt, jetzt schon den verantwortlichen Männern zuzurufen: Unterzeichne nicht! und seinen Volksgenossen zu sagen: halt'et euch bereit, das schwerste zu ertragen! das je einem Volke beschieden war. Mit aufatmender Hoffnung werden alle unterdrückten Völker und Klassen der Welt vernehmen, daß das deutsche Volk als Mittkämpfer in ihre Reihen getreten ist. Es wird kein kurzer und kein leichter Kampf sein. Glaub' nicht an Wunder. Verlaßt euch nicht

auf die Hilfe der französischen Sozialisten, die sich in offener Stunde weder groß noch stark gezeigt haben. Es bedarf noch mehr als einem Tropfen, um den Keld zum Ueberlaufen zu bringen; aber die Tropfen fallen beständig. Werde nicht Kleinmütig, wenn der erhoffte Erfolg auf sich warten läßt, sondern verharri in unerschöpflicher Geduld und unerschütterlicher Zuversicht! dann wird unsere Stunde kommen.

Die Aufteilung Oesterreich-Ungarns nach dem Prinzip der Niederhaltung der Deutschen und Ungarn.

Versailles, 13. Mai. „Journal“ berichtet zu den Beschlüssen über die österreichisch-ungarischen Grenzen: Der tschecho-slovakische Staat wird Böhmen, Mähren und einen Teil von Schlesien und Teilen umfassen. Zwecks unmittelbarer Verbindung mit Rumänien hat man ihm auch ungarisches Gebiet in den Karpathen zugewiesen. Rumänien erhält die ganze Bukowina, obwohl der nördliche Teil unbestreitbar ruthenisch und ukrainisch ist, und Siebenbürgen. Dagegen läßt man Ungarn die magyarischen Bezirke des Theißtales. Die Grenze wird ungefähr durch die Linie Szatmar, Nener, Debrecin, Großwardein, Arad, Temeswar und Wersetz bezeichnet. Der südliche Teil des Banats Temeswar wird Serbien zugewiesen. Süd-Slavien erhält Bosnien, die Herzegovina und Krain, ferner die südslavischen Bezirke von Ungarn, Vaskho, zwischen Theiß und Donau und nördlich von der Drau. Die Bezirke des südlichen Teiles von Serbien, der Steiermark, das Gebiet von Klagenfurt und Marburg entscheiden ihr Schicksal durch Volksabstimmung. — „Petit Parisien“ setzt hinzu: Italien erhält Süd-Tirol bis zum Brenntal. Ungarn besteht nur noch aus der Donaubene. — Wie der „Matin“ berichtet, wird die österreichische Handelsflotte einen Teil der gemeinsamen Flotte der feindlichen Schiffe bilden, welche den Alliierten den verlorenen Schiffsraum ersetzen soll.

Paris, 12. Mai. Reuters meldet: Der österreichische Friedensvertrag nähert sich seinem Abschluß. Die Klausel über die Verantwortlichkeiten ist mit dem deutschen Vertrag identisch, unterläßt aber jede Erwähnung des Kaisers. Die Klausel sieht die Einleitung von Verfahren gegen „militärische Verbrecher“ vor einem internationalen Kriegsgericht vor. Wie verlautet, wird Südtirol, obwohl es eine deutschsprechende Bevölkerung hat, in die italienische Grenze einbezogen, um Italien eine strategische Grenze zu geben, die ausreichenden Schutz gewährt.

Weitere sozialistische Stimmen aus Frankreich.

Versailles, 12. Mai. „Humanité“ berichtet von einem starken Besuch der gestrigen Versammlung der sozialistischen Verbände des Seine-Departements in Paris. Das Proletariat habe durch stürmischen Beifall für die Redner gezeigt, daß es von einem Gewaltfrieden nichts wissen wolle. Der Versailer Frieden, rief Verzeuil, nachdem er der sozialistischen Partei ihre Haltung im Kriege vorgeworfen, ist ein Clemenceau-Frieden und man wird ihn nicht unterzeichnen. Nur die Revolution kann die wirtschaftlichen Fragen lösen und die augenblicklich in ganz Europa bedrohten Revolutionen retten. Frossard wünschte Einberufung eines nationalen Kongresses, um die ernste Lage zu prüfen und der Parlamentsgruppe und der Parteileitung Richtlinien zu geben. Sodann erhob Cadhin Einspruch gegen die Art, wie das Saarbecken und das linke Rheinufer ver Gewaltigt werden sollen. Cadhin streifte dann die inneren Kämpfe zwischen den Mehrheitssozialisten und den Unabhängigen in Deutschland und meinte, daß die Lage der Scheidemann'schen Regierung gefährlich sei, und Haase mit den Unabhängigen zur Macht gelangen würde: Dies sei die Vorbedingung für die Revolverung des Versailer Friedens. (Mha.) Als letzter Redner erklärte Loriot, dieser Friedensvertrag sei ein Kriegsvertrag. Die Bourgeoisie müsse gestürzt werden, damit die Sozialisten den revolutionären Frieden schließen könnten. Endlich wurde einstimmig eine Tagesordnung angenommen, in der die Sozialisten feststellten, daß die Regierung durch den Versailer Vertrag das Recht verlegte. Die Sozialisten widersprechen voll Empörung der Entstellung aller Wünsche nach Gerechtigkeit und Brüderlichkeit. Alle Vereinigungen des Proletariats sollten die kräftigste Aktion gegen den jetzt entlarvten Imperialismus der Entente anbahnen. Unter dem Gesang der Internationalen löste die Versammlung sich auf.

Ein Dementi.

WB. Berlin, 13. Mai. Wie wir von zuständiger Seite erfahren, ist die Nachricht, daß die Transporte der Truppen der holländischen Armee durch Deutschland eingestellt worden seien, unrichtig. Auch eine Umleitung der Transporte findet nicht statt, vielmehr dauern die Transporte unverändert fort.

Rücktritt des Marschalls Pétain.

Bern, 13. Mai. Der französische Generalissimus Pétain ist, wie dem „Berliner Tageblatt“ aus Genf gemeldet wird, zurückgetreten. Der Rücktritt Pétains ist besonders im gegenwärtigen Augenblick bemerkenswert, da Pétain in der Frage einer Besetzung Deutschlands bei einer Ablehnung der Friedensbedingungen im Gegensatz zu Marschall Foch die Ansicht vertrat, man könne diese Besetzung nicht durchführen, da hierfür eine Million Mann erforderlich sei. Die Gefahr der Ansteckung durch den Bolschewismus für die Truppen sei groß, da die Verwendung farbiger Truppen nur im Sommer möglich sei.

Norwegische „Objektivität“.

Christiania, 12. Mai. Die norwegische Presse ist auch weiter in der Beurteilung der Pariser Friedensbedingungen durchweg sehr kritisch. Wenn auch einige besonders verbandsfreundliche Blätter in der territorialen Beschneidung eine verdiente Strafe und auch eine ethnographisch annehmbare Lösung erblicken, so ist doch die gesamte Presse darin einig, daß die wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen, insbesondere die Zumutung an Deutschland, Blankoerpfichtungen auf sich zu nehmen, unerträglich seien und weit über das Maß des Erwarteten hinausgehen.

Zur Lage in Bayern.

Kempten, 13. Mai. Heute früh 4 Uhr rückten unter Führung von Major Hietl Regierungstruppen in Kempten ein. Sie besetzten das Rathaus und die öffentlichen Gebäude. Fast der ganze A- und S-Mat Kemptens wurden verhaftet, darunter der Kommunistenführer Wolf Schmidt. Ueber Kempten wurde das Standrecht verhängt und die Ablieferung der Waffen zur Bedingung gemacht. Kempten, und besonders der Borort Kottorn, wo zahlreiche Waffen verborren gehalten werden, gilt seit längerer Zeit als der Regierung Hoffmann feindlich gesinnt.

die sich in ...
eigt haben. Es
Koch zum Ueber
ständig. Werd
Erfolg auf sich
pfflicher Gebu
unsere Stunde

mping der Nieder
en.

u den Beschlüssen
schecho - slowakische
von Schlesiern und
pathen zugewiesen.
der nördliche Teil
nürge. Dagegen
Theistales. Die
Rener, Debreczin,
schmet. Der
zugewiesen. Süd
erner die süd
Theiß und Donau
lichen Teiles von
urt und Marburg
„Petit Parisien“
Brennerthal. Un
Wie der „Matin“
Teil der gemein
den Alliierten den

ichische Friedens
über die Verant
sch, unterläßt aber
Einleitung von
n internationalen
obwohl es eine
che Grenze einbe
die ausreichenden

nkreich.

on einem starken
en Verbände des
durch stürmischen
walfrieden nichts
nachdem er der
orfen, ist ein Cle
en. Nur die Re
die Augenblicklich
Frossard wünschte
te Lage zu prüfen
htlinien zu zeich
e das Saarbecken
Cachin streifte
zialisten und den
Tage der Scheide
den Unabhängigen
ung für die Res
Redner erklärte
Die Bourgeoisie
nationale Frieden
Tagesordnung an
die Regierung
Die Sozialisten
Wünsche nach Ge
des Proletariats
en Imperialismus
ernationale löste

ändiger Seite er
uppen der Haller
felen, unrichtig,
vielmehr dauern

is Pétain ist, wie
d, zurückgetreten.
rtigen Augenblick
ung Deutschlands
gegenüber zu War
egung nicht durch
sei. Die Gefahr
Truppen sei groß,
immer möglich sei.

ist auch weiter in
schweg sehr kritisch.
e Blätter in der
und auch eine
doch die gesam
len Bedingungen,
erpflichtungen auf
as Maß des Gre

t unter Führung
in. Sie besetzten
er ganze A. und
ommunistenführer
echt verhängt und
t. Rempten, und
Sassen verkörpert
ierung Hoffmann

(S. 3.) Stuttgart, 10. Mai. Das Kriegsministerium teilt mit: In München tritt allmählich wieder Ordnung und Ruhe ein. Vom 11. d. Mts. ab wird der bayerische General von Wölfl den Befehl über alle bayerischen Truppen in der Stadt übernehmen. Die Truppen des Detachements Gräter werden noch heute befördert, so daß bis 12. d. Mts. alle Teile zum Abtransport gelangen, falls nicht durch die schlechte Kohlenlage noch eine Verzögerung eintritt. Beginn der Abbeförderung 9. und 10. Mai. Die freiwillige Abteilung Haas wird, wie die anderen Reichswehrtruppen, in die Gegend um München verlegt.

Aus Stadt und Land.

Die württ. Regierung gegen den Gewaltfrieden.

Heldenmütig hat das deutsche Volk vierzehnhundert Jahre gegen den Vernichtungswillen seiner Feinde gekämpft. Bereit, den Frieden und eine neue Weltordnung herbeizuführen zu helfen, anerkannte es als Lebensbedingung der neuen Welt die vom Präsidenten der Vereinigten Staaten verkündeten Friedensgrundsätze: Die Gleichberechtigung und das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Im Vertrauen auf seine auch von der feindlichen Mächtegruppe anerkannten 14 Punkte willigte das deutsche Volk in die schweren Bedingungen des Waffenstillstandes.

Nunmehr haben die Feinde unseren Friedensunterhändlern in Versailles den Friedensvertrag überreicht. Er ist das Gegenteil der Friedensgrundsätze Wilsons. Verleugnet werden darin die feierlich verkündeten Rechte der Völker. Millionen Volksgenossen Deutschlands, die unsere Brüder sind, große Landestteile, die uns Rohstoffe und Lebensmittel geben, und zu unseren wichtigsten Steuerquellen gehören, will der heuchlerische Kapitalismus Frankreichs und Englands uns entreißen. Als Siegesbeute gegen ein tapferes Volk sollen außerdem die deutschen Kolonien unter die feindlichen Mächte verteilt werden. Nach außen von der ganzen Welt in den Staub getreten, im Landesinneren seiner wirtschaftlichen Lebensbedingungen beraubt, soll das deutsche Volk für immer und ewig das Sklavenjoch tragen.

Gegen diese Vergewaltigung und den Anschlag auf das Leben des deutschen Volkes gilt es laut und nachdrücklich vor aller Welt Verwahrung einzulegen.

Im Namen des württembergischen Volkes widersprechen wir dieser Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, der feindlichen Verleugnung der 14 Punkte Wilsons, dem Raub unserer Brüder und Ländergebiete und dem unserem Volke gedenkten Feindentum.

Das württembergische Volk, seit jeher freiheitlich im Denken und Handeln, erhebt in dieser Stunde höchsten Not gemeinsam mit den übrigen Stämmen des Reichs gegen den Gewaltfrieden seine Stimme. Sie möge Widerhall finden in den Herzen aller Völker. Das geplante Vernichtungswort darf nicht Wirklichkeit werden, Deutschland und sein Volk hat wie alle Völker ein höchstes, heiliges Recht: Das Recht zum Leben. Dieses Recht fordern wir von unsern Feinden und von der Welt im Namen unserer Kultur und Nachfahren. Als freies Volk unter den Völkern wollen wir leben und arbeiten.

Das Staatsministerium:

Hos. Baumann, Herrmann, Heymann, Liesching, Lindemann, Schick.

Zu den kirchlichen Wahlen.

Die Wahlen zur kirchlichen Landesversammlung finden, wie bekannt, am Sonntag, 1. Juni statt. Der Bezirk Calw hat zusammen mit Neuenbürg einen Christlichen, und für sich allein einen Vertreter aus dem Laienstande zu wählen. Da es vielen Wählern nicht möglich war, an der Versammlung am 5. Mai, auf welcher die in Betracht kommenden Herren sich den Wählern vorstellten, teilzunehmen,

ist es gewiß von Interesse, über die Kandidaten einiges Nähere zu erfahren. Als Geistliche Vertreter sind aufgestellt: Stadtpfarrer Sandberger von Liebenzell und Pfarrer Hornberger von Zwerenberg.

Der Ältere der beiden, Stadtpfarrer Sandberger, ist am 6. März 1867 in Herrenberg geboren, wo sein Vater der spätere Prälat und Konsistorialpräsident von Sandberger damals zweiter Stadtpfarrer („Helfer“) war. Die Mutter entstammt einer angesehenen, auf dem Gebiete der kirchlichen Wohltätigkeit hervorragend bekannten Stuttgarter Kaufmannsfamilie. Der Sohn durchlief den gewohnten Bildungsgang der milit. Theologen. Schon als Stadtkar in Wacknang tat er sich durch seine soziale Tätigkeit, durch die Fürsorge für die Armen und der unteren Klassen der Bevölkerung hervor. Im Jahre 1898 zum Pfarrer in Wiltensweiler bei Freudenstadt ernannt, hatte er den kirchlichen Aufbau dieser neugegründeten selbständigen Pfarrgemeinde durchzuführen. Es gelang ihm besonders, das Zusammengehörigkeitsgefühl zu wecken, dadurch, daß er auch mit den in die Ferne gezogenen Gemeindegliedern in brieflicher Verbindung blieb und daß er, wenn er nach Stuttgart kam, alle dort befindlichen Gemeindeglieder zusammenberief, um ihnen von der Heimat zu erzählen. An der sozialen Arbeit nahm der junge Pfarrer teil, indem er den Evang. Arbeiterverein in Freudenstadt mitgründete half und bei der Leitung mitwirkte. Er ist als Ehrenmitglied dieses Arbeitervereins heute noch in Freudenstadt unvergessen. Als der Verein für „ländliche Wohlfahrtspflege“ in Württemberg gegründet wurde, wandte Sandberger sein volles tätiges Interesse diesen Bestrebungen zu und ist heute noch als Ausschussmitglied dieses Vereins tätig. Ein weites Arbeitsfeld eröffnete sich dem 40jährigen Manne, als er 1911 zum ersten Stadtpfarrer in Liebenzell ernannt wurde. Die vielseitigen Pflichten dieses arbeitsreichen Pfarramtes, das nicht nur die Seelsorge in der Stadt, die Fürsorge für die Arbeiterwelt, die pastorale Tätigkeit gegenüber den Kurgästen, sondern auch noch die beiden Filialgemeinden Ernstmühl und Unterlangenhardt umfaßt, kann nur ein Mann mit einer Arbeitskraft und Leistungsfähigkeit, wie sie Stadtpfarrer Sandberger besitzt, richtig erfüllen. Wieviel der Herr Stadtpfarrer während des Krieges auf allen Gebieten der Kriegsfürsorge in seiner Gemeinde geleistet hat, ist in Liebenzell gut bekannt. Von seinen Amtsgenossen wurde er zum Vorstand des Diözesanvereins gewählt. Da es sich in der kirchlichen Landesversammlung vor allem um Verfassungsfragen und um die Neuordnung des kirchlichen Gemeindelebens handelt, würde Sandberger mit seinem praktischen Blick, seiner Erfahrung auf sozialen Gebieten, seiner Arbeitskraft und seiner, auf lebendiger Glaubensüberzeugung begründeten treuen Liebe zur Kirche trefflich als Abgeordneter zur kirchlichen Landesversammlung passen. Er könnte, wie der „Enztäler“ von ihm urteilt, „als Vertreter eines gesunden, der neuen Staatsverfassung angepaßten Fortschritts gelten.“

Stadtschultheißenwahlen.

Gestern haben im Lande drei Stadtschultheißenwahlen stattgefunden. In Leonberg wurde Schultheiß Fünd (Rohrader) mit 762 von 1372 abgegebenen Stimmen gewählt; Revisor Winkler (Stuttgart) erhielt 605 Stimmen; Wahlberechtigzte waren es 1660. — In Geislingen a. St. haben von 7568 Wahlberechtigten 4507 (59 Prozent) abgestimmt. Amtmann Mailänder (Stuttgart) erhielt 1354, Amtmann Harter aus Stuttgart 2739 Stimmen, Regierungsbaumeister Heinz (Stuttgart) 319 Stimmen, Dr. Essig (Stuttgart) 78 und Rechtsanwält Fischer von Geislingen 4 Stimmen. Die beiden Letzteren haben ihre Bewerbung zurückgezogen. Amtmann Harter ist somit gewählt. — In Dehringen wurde Stadtpfarrer Berner mit 1118 Stimmen gewählt; Revisor Jenisch (Stuttgart) erhielt 825 Stimmen. Von 2325 Wahlberechtigten haben 1947 abgestimmt. Der Wahlkampf war äußerst lebhaft. Ber-

(Fortsetzung folgt.)

ner hat durch die Unterstützung der Sozialdemokratie, die die Parole ausgegeben hatte, für ihn einzutreten, gestimmt. Dadurch wird in absehbarer Zeit auch die Stadtpflegestelle besetzt werden müssen. Für die Gemeinderatswahlen, die in 14 Tagen stattfinden, sind 16 Gemeinderäte zu wählen; Vorschläge sind drei eingereicht.

(S. 3.) Ludwigsburg, 12. Mai. Ein kraures Bild von Pflichtvergessenheit und Unredlichkeit entrollte sich am Samstag vor dem hiesigen Kriegsgericht. Das Infanterieregiment 121 hat, wie die „Ludw. Zg.“ berichtet, im Februar seine Offiziere „hinausgewählt“; Regiment, Bataillone und Kompagnien werden von Unteroffizieren geführt. Die Maschinengewehrkompanie führte Sergeant Hilbenbrand, dem als Soldatenrat Schütze Sauerwald zur Seite stand. Als die Auflösung der Kompagnie und damit die Abgabe der Pferde an andere Truppenteile bevorstand, vertauschten diese beiden vier gute Pferde der Kompagnie an gute Bekannte gegen erheblich minderwertigere Pferde und ließen sich dazu ein Aufgeld von gegen 5000 Mark zubehalten, das teils in ihre eigene Tasche wanderte, teils an die Mannschaften im Stall verteilt wurde. Bei zwei weiteren überzähligen Pferden war die teilweise Abgabe an frühere Angehörige der Kompagnie unter Hinterlegung des Abschätzungspreises gestattet worden. Die Mannschaften der Kompagnie hatten verlangt, daß die Käufer einen höheren Preis bezahlten. Der Kompagnieführer sowie der Soldatenrat gaben diesem Verlangen ohne weiteres nach und so mußte der eine Käufer anstatt 1800 M. 4200 M., der andere anstatt 2200 M. 4000 M. bezahlen und dazu noch 150 Liter Wein zu einer Kompagniefest liefern. Von dem Uebererlös steckte der angeklagte Soldatenrat über 800 M. in seine Tasche, 1800 M. erhielten der Futtermeister und der Fahrenschmied der Kompagnie, die bei einer verlusthaften, aber mißgünstigen Pferdeshiebung 2200 M. eingebüßt hatten, als Ersatz hierfür 700 M. und der Wein wurde zu der Kompagniefest verwendet, der Rest wurde in bar unter den Stallmannschaften verteilt. Das Kriegsgericht in der von dem Garnisonrat gewählten Besetzung verurteilte den Kompagnieführer zu 9 Monaten Gefängnis und zur Strafe der Degradation, den Soldatenrat, der schon wegen Diebstahls mit 2 Monaten Gefängnis vorbestraft ist, zu 1 Jahr Gefängnis und zur Verfestung in die 2. Klasse des Soldatenstandes.

(S. 3.) Tübingen, 10. Mai. Gestern sind die Reservestruppen von den Kämpfen in München und Augsburg heimgekehrt. Vom Bahnhof aus bewegte sich der Zug unter Borantritt einer Musikkapelle durch verschiedene Straßen zur alten Kaserne, wo die Truppen im Auftrag der Garnison von General v. Hügel, im Namen des Kriegsministeriums von Oberleutnant Härter begrüßt wurden. Im alten Schloß erfolgte die Auflösung und mit dem Lied „Burschen heraus“ zogen die Studenten ab. Das Sommersemester beginnt am 20. Mai.

(S. 3.) Ulm, 10. Mai. Die Zweifel, ob es sich bei den Tausendmarkscheinen, die hier ein Mann umzuwechseln versuchte, um Rätegeld aus München handelt, haben sich rasch gelöst. Der Mann hat nach anfänglichem Leugnen eingestanden, der Münchener Räteminister Hagen zu sein. Die Polizei hat im Koffer dieses „Ministers“ 470 000 Mark in Tausendmarkscheinen entdeckt, die einen Spervermerk trugen. Im Hotel Fesler hat er mehrfach versucht, diese Scheine wechseln zu lassen. Auf Verlangen der Münchener Behörden wurde der Verhaftete im Auto nach München verbracht.

Für die Schriftl. verantwortlich: Otto Selmann, Calw. Druck und Verlag der A. Schläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Städtische Lebensmittel-Fürsorge.

Es können bestellt werden bis Freitag den 16. ds. auf Nummer 131 Teigwaren, 132 Hafermehl, 133 Suppenwürfel, 134 Kunstbrot.

Die Bestellmarken sind von den Kleinhändlern am Samstag, den 17. ds. vormittags auf dem Rathaus abzuliefern.

Molkereigenossenschaft Neuweiler

E. G. m. u. H.

Bilanz von 1918.

Aktiva.	M. S.	Passiva.	M. S.
Kassenbestand	301.84	Schuld an die Geldausgleichsstelle	346.32
Wert der Immobilien	4 410.00	Geschäftsguthaben der Mitglieder	2 150.00
Wert der Gerätschaften und Maschinen	450.00	Reservefond des Vorjahres	5 137.63
Wert des Mobilars	137.40	Hierzu vom vorjährigen Gewinn	24.40
Darlehen	2 700.00	Gewinnreserve	1 347.23
Büchlein	12.50	Rückstände	1 174.78
Warenvorräte	30.00	Gewinn für heuer	405.00
Warenausstände	2343.62		
Verbrauchsgegenstände	200.00		
	10 585.36		10 585.36

Mitgliederzahl 31. Dezember 1918 43
Ausgetreten 4
Eingetreten 4

Vorstand:
Fenschel, Blinck, Delschläger.

Stadtschultheißenamt Calw.

Am Freitag, den 16. ds., vormittags können auf dem Stadtschultheißenamt die neuen

Mahl- und Delschlagscheine

beantragt werden.

Calw, 14. Mai 1919.

Stadtschultheißenamt: Göhner.

Landwirtsch. Consumverein Calw.

Feingemahlener Rainit

zur Hederichverteilung, sowie

gewöhnlicher Rainit

sind eingetroffen.

Jedes Quantum kann abgeholt werden. Säcke sind mitzubringen.

<h4>Maisenbach.</h4> <h3>Entlaufen</h3> <p>3 Stück Schafe, 1 Mutter-schaf und 2 Junge. Der Finder wird gebeten, dieselben gegen Belohnung abzugeben bei</p> <p>Gottlob Seibold.</p>	<h4>Parkett.</h4> <h3>Bodenwische, Fußbodenöl, Stahlspäne</h3> <p>empfehlen</p> <p>Ch. Schlatterer.</p>
---	---

Calw.

Am Freitag, den 16. Mai 1919, nachmittags 6 Uhr kommt eine Partie

Reifig

im öffentl. Ausschreib. zum Verkauf. Zusammenkunft beim Schiff. Den 14. Mai 1919.

Stadtpflege: Frey.

Stickerei-Taschentuch

verloren gegangen. (Monogramm E. S.) Abzugeben gegen Belohnung in der Geschäftsstelle des Blattes.

Ein fast neuer Sommerhut für junges Mädchen, zu verkaufen.

Bahnhofstraße 407, 1. Stock.

Kräftiger Hausbursche wird gesucht.

Neue Handelschule.



Schwarzwaldverein Calw.

Am Sonntag, den 18. Mai

Wanderung

Fuchsloch—Unterhaugstett—Hummelsberger Höhe—Wolfschlucht.

Marshzeit ca. 3 1/2 Stunden. Abmarsch 1/2 2 Uhr vom Brühl.

Führer: Otto Georgii.

2 tüchtige

Bollgatterjäger

können sofort eintreten bei

Gg. Gengenbach Söhne, Sägewerk, Dillweihenstein.

Neue Mietverträge

sind im Kontor dieses Blattes erhältlich.

Bekanntmachung des Wahlvorstandes über die einge- reichten gültigen Wahlvorschläge für die Gemeinderatswahl.

Beim Wahlvorstand sind nachstehende 4 Wahlvorschläge für die am Sonntag, den 25. Mai 1919 stattfindende Gemeinderatswahl eingereicht worden. Der Wahlvorstand hat die Wahlvorschläge zugelassen und sie nach der Reihenfolge ihrer Einreichung mit den Nummern 1-4 versehen.

Die Wähler können nach Belieben die Namen der von ihnen zu wählenden Personen den verschiedenen Wahlvorschlägen entnehmen, andere Personen, die auf keinem Wahlvorschlag stehen, dürfen nicht gewählt werden. Auf jedem Stimmzettel dürfen so viele Bewerber benannt sein, als Stellen zu besetzen sind. Der Wähler darf jedoch innerhalb der zulässigen Gesamtstimmenzahl den von ihm Gewählten durch Wiederholung der Namen oder Beifügung von Zahlenzeichen bis zu drei Stimmen geben.

1. Wahlvorschlag der Sozialdemokratischen Partei

1. Bruno May, Buchdrucker,
2. Wilh. Schiele, Lok.-Führer,
3. Friedrich Bischoff, Rammacher,
4. Pauline Heilemann, Fabrikarbeiterin,
5. Robert Sibr, Lagerhalter,
6. Ernst Wegel, Zigarrenmacher,
7. Reinhold Scholl, Schaffner,
8. Eugen Hämmerle, Zimmermann,
9. David Hardecker, Maschinenarbeiter,
10. Gottlieb Hörmann, Maler,
11. Albert Maier, Zugführer,
12. Emanuel Koller, Saquardweber,
13. Adolf Labadie, Weber,
14. Wilhelm Ehmer, Goldarbeiter,
15. Johann Oppold, Schaffner,
16. Gottlob Schlotter, Plagarbeiter,
17. Gottlob Großmann, Weber,
18. Johann Ullschneider, Lok.-Führer,
19. Jakob Braun, Zigarrenmacher,
20. Paul Hörnle, Maschinenstricker.

2. Wahlvorschlag der Katholiken Calws

1. Friedrich Anderer, Eisen.-Assistent,
2. Hermann Göhlinger, Eisen.-Geometer,
3. Wilhelm Lehner, Hauptlehrer,
4. Wendelin Luz, Oberlok.-Führer,
5. Anton Stauf, Handelschullehrer,
6. Karl Stöcker, Bahnhofsaufseher,
7. Julius Zapp, Spinnmeister.

3. Wahlvorschlag der Württembergischen Bürgerpartei

1. Else Conz, Stadtschulheiserin-Witwe,
2. Elisab. Fichter, Lehrerin,
3. Friedr. Frommer, Bäckermeister,
4. Erwin Sannwald, Fabrikant,
5. Hermann Marquardt, Konditor,
6. Jakob Knecht, Kaufmann,
7. Friedrich Kober, Verwalter a. D.,
8. Gotthold Müller, Prokurist,
9. Friedrich Maier, Schwannwirt,
10. Christian Bourdan, Metzgermeister,
11. Gustav Weber, Handelschuldirektor,
12. Paul Halle, Eisen.-Sekr.,
13. Georg Wagner, Kommerzienrat.

4. Wahlvorschlag der Deutschen Demokratischen Partei

1. Emil Staudenmeyer, Verwaltungsaktuar,
2. Karl Stüber, Wagnermeister,
3. Dr. Oskar Kutenrieth, prakt. Arzt,
4. Ernst Rheinwald, Rechtsanwalt,
5. Eugen Dreiß, Kaufmann,
6. Joh. Essig, Flaschnermeister,
7. Rosa Wagner, Fabrikanten-Chefrau,
8. Heinrich Perrot, Mechaniker,
9. Paul Georgii, Kaufmann,
10. Ernst Kirchherr, Zimmermeister,
11. Christian Luz, Bäckermeister,
12. Jakob Bünzle, Oberpräzeptor,
13. Julius Widmaier, Metzgermeister,
14. Johanna Rummelin, Kaufmanns-Chefrau,
15. Karl Jahn, Uhrmacher,
16. Friedrich Deyle, Kaufmann,
17. Friedrich Vels, Appreteur,
18. Karl Eberhardt, Kaminfegermeister,
19. Karl Hugel, Handelschuldirektor,
20. Wilhelm Engelhardt, Bremser.

Calw, den 14. Mai 1919.

Der Wahlvorstand: Stadtschultheiß Göhner.

Wahlberecht. Arbeiterinnen u. Arbeiter all. Bernf.
Sichert Euch Euer Wahlrecht! Wer keine Wahlkarte erhalten, sorge bis Freitag, 16. Mai für Aufnahme in Wählerliste. Soziald. Partei.

Gesundung durch Sauerstoff!

Das natürliche giftfreie Heilverfahren ohne Berührung bei

Nerven- u. Stoffwechselliden

Nervenschwäche, Magen-, Darm-, Leberleiden, Zuckerkrankheit, Gicht, Rheuma, Stuhlträgheit, Hautleiden, unreinem Blut usw.

Verlangen Sie kostenfrei ausführliche Druckschrift.

Dr. Gebhard & Cie., Berlin 35, Potsdamer Str. 104/105.

Deutscher Textilarbeiterverband.

Ortsverwaltung Calw.

Am Donnerstag, den 15. Mai, nachm. 5.15 Uhr findet im Badischen Hof

Mitgliederversammlung

Tagesordnung:

1. Bericht über die Gaukonferenz.
2. Mitteilungen.
3. Besprechung der Lage.

Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung erwartet vollständiges Erscheinen

der Vorstand.

Sanatorium Hirsau für innere und Nervenranke wieder eröffnet.

Behandlungsweise: Psychotherapie, ferner physikalische Heilmethoden, darunter Diathermie, künstl. Höhensonne, Vibration, Elektrisation, Röntgenbehandlung, sodann schwedische Heilgymnastik und Massage durch geprüfte Masseuse.

Sprechstunden: Dienstags u. Freitags nachmittags von 2 bis 5 Uhr.

Sanitätsrat Dr. C. Römer.

Bestandteile: 50% reines, 20% reine, 20% reine, 10% reine, 10% reine.

Gruis' Augenwasser

Selt anno 1785

Wirkt bei roten, tränenenden Augen, schmerzhaften, nach dem Schlafen verbleibenden Augenlidern, chronisch. entzündeten Augenentzündungen, Schweiß oder angefeuchteten Augen (Glänzen) etc.

Es haben in den Apotheken 4 2.50 die Flasche.
J. Fr. Friedr. Gruis, Hohenbrunn a. B.

Glänzende Existenz

wird schnell entspr. Reflekt. bei hoch. Verdienst geboten. — Sofortige dauernde Einnahme. Bequem im Hause zu erledigen. Man schreibe sofort an Postfach 123, Lübeck 704.

Einige Strickerinnen

sowie jüngere Mädchen zum Anlernen zu sofortigem Eintritt gesucht. Eder & Wegel, Strickwarenfabrik, Hirsau.

Mädchen gesucht

für sofort, welches schon in Stellung war, nicht unter 17-18 Jahr, zu kleiner Familie (3 P.) Zu erfragen bei

Frau Mina Hahn, Bäckerei Hohenheim-Dillstein.

Dienstbotengefuche!

haben in unserem Blatte stets Erfolg, da der größte Teil der Auflage auf dem Lande Verbreitung findet.

Suche ordentlichen, kräftigen

Burschen

als Messerputzer und Ausläufer. Deutscher Hof, Wildbad.

Suche Stelle

für ein 14-jähriges kräftiges Mädchen.

Jacob Frommer, Altburg.

Anfängern erteilt gründlichen Klavier-Unterricht.

Lederstraße 98 II.

Unterhaltendes Fahrrad

mit Freilauf und Gummi- bereifung zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis an die Geschäftsstelle des Blattes.

Zahle höchste Preise!

Lumpen das Kilo 20 Pf.
Knochen " " 8 "
Schuhe " " 3 "

Abzuliefern in der Wirt- schaft Siebenrath, bei der Post am Freitag, den 16. ds. von 8 Uhr vorm. bis abends 5 Uhr.

Landwirte!

Zur Bekämpfung von Krankheiten der Schweine, spec. Krampf und Nottanz, zur Aufzucht und Erhaltung eines gesunden Tierbestandes gebraucht einzig und allein die achte

Hirsch-Universal- Komposition.

Niederlage in der Neuen Apotheke Calw.

Simmogheim.

2 Paar schöne

Läufer- Schweine

hat zu verkaufen

Georg Sedelmaier.

Weistern.

Eine 82 Wochen trüchtige

K u h

setzt dem Verkauf aus Michael Schumacher.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 17. Mai 1919, stattfindenden

Hochzeits-Feier

im Gasthaus zur „Krone“ in Altburg freundlichst einzuladen.

Michael Koch,

Sohn des Jakob Koch, Zigarrenmacher in Altburg.

Marie Kounnenmann,

Tochter des verst. Ulrich Kounnenmann, Schuhmacher von Oberkollbach.

Kirchgang 1/2 12 Uhr in Altburg.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 17. Mai stattfindenden

Hochzeitsfeier

in das Gasthaus zum Hirsch in Unterhaugstett freundlichst einzuladen.

Michael Schnürle,

Sohn des + Jakob Schnürle, Unterhaugstett.

Emilie Frommer,

Tochter des Martin Frommer, Maifensbach.

Kirchgang 1/2 12 Uhr in Monakam.

Ottenbronn.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 17. Mai stattfindenden

Hochzeits-Feier

im Gasthaus zur alten Linde in Wildbad freundlichst einzuladen.

Karl Bott,

Sohn des Karl Bott, Wildbad.

Katharine Walz,

Tochter des Wilh. Walz, Zigarrenmach., Ottenbronn.

Kirchgang 1/2 1 Uhr.

Ulmer Pflüge

einfache und Doppelständer, Kartoffelwaschmaschinen, Brückenwagen sowie sämtliche Gewichte

empfehlen

Carl Herzog, Eisenhandlung.

Dezimalbrückenwagen,

3, 4 und 6 Ztr. Tragkraft geeicht, mit Schiebergewicht, sehr stark und solid gebaut, mit oder ohne Gewicht empfehlen

Friedrich Herzog, beim Gasthof z. Köhle

DreifüÙe hoch u. nieder, Waffeleisen

Rüchewagen, Reibmaschinen, Backformen, Omelettepfannen

sind in großer Auswahl zu haben bei

Fr. Wiedersheim, Eisenhandlg., Weiberstadt.